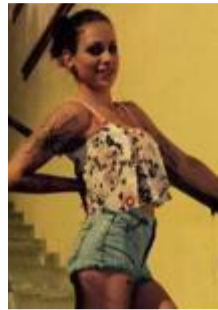


Politik

Medienkritik ist derzeit en vogue, ganz egal, ob sich der Tadel gegen die Gratispresse, Onlinekanäle, politische Kampfblätter oder die SRG richtet. Kulturpessimisten haben in diesen Tagen neue Munition erhalten: Im Blätterwald füllt die Hose einer 24-jährigen Schweizerin die Spalten. Bei der Frau handelt es sich um **Celina Feri**, die Tochter der Aargauer SP-Nationalrätin Yvonne Feri, bei der



Hose um sogenannte Hotpants, die viel Bein zeigen und in denen besagte Dame auf Facebook posiert hat. Es folgte die übliche Abfolge aus problematisierendem Anfangsbericht («Mutter Feri wenig erfreut») über Konfliktbewirtschaftung («Hotpants-Streit») und Hintergründigkeit («Wie sexy darf Feminismus sein?») bis zum versöhnlichen Gespräch («Erstmals reden Mutter und Tochter gemeinsam über sexy Posen»). Was auffällt: Einmal mehr hat eine Story unter der Gürtellinie ihren Ursprung im Aargau. Hoffen wir, dass es diesmal bei Hotpants bleibt und wir von Nacktselfies von Politikern verschont bleiben.

Da hat ihm das ARD-«Morgenmagazin» am Freitag aber zu viel der Ehre angetan. Das Erste Deutsche Fernsehen bezeichnete Fifa-Experte und SVP-Nationalrat **Roland Rino Büchel** fälschlicherweise als Ronaldo Büchel. Das ist dann doch stark übertrieben: Während es der Stürmerstar Ronaldo zu Weltruhm brachte, schaffte es Büchel mangels Talent niemals über den FC Montlingen im St.Galler Rheintal hinaus.



Auf seinem eigenen Internetkanal findet SVP-Patron **Christoph Blocher**, laut dem Interviewer einer der «berühmtesten» Europakritiker weiterum, nur lobende Worte für den deutschen Finanzminister **Wolfgang Schäuble**. Der CDU-Politiker, der sich mit seiner harten Linie gegenüber der griechischen Regierung profiliert hat und für einen Grexit auf Zeit plädiert, sei gegenwärtig der Einzige, der die Wahrheit sage, schwärmte Blocher. Bei all dem überschwänglichen Lob für den Deutschen ging dem SVP-Übervater womöglich vergessen, dass er gerade über einen preisgekrönten Euroturbo redet: Schäuble erhielt mehrere Auszeichnungen für sein europäisches Engagement; 2012 nahm er etwa den renommierten Karlspreis für seine Verdienste um die «Wiedervereinigung und Neuordnung Europas» entgegen.

Für einmal zeigte sich der Zürcher FDP-Stadtrat **Filippo Leutenegger** nicht im blauen Hemd, sondern im orangefarbenen Overall. «Filippo sammelt Züri-Säcke», nannte sich die Aktion. «Wenn ich meine Leute verstehen will, muss ich auch mal ihre harte Arbeit machen», schrieb der ehemalige «Arena»-Moderator. Darum arbeite er als «Güselmaa». Sicher gebührt ihm Respekt dafür, bei diesen Temperaturen angepackt zu haben. Ob seine Mitarbeiter froh waren um die Verstärkung oder der Stress noch grösser war als sonst, lässt sich an den Bildern allerdings nicht ablesen.



Angriff auf Burkhalters Europa-Strategie

Die CVP fordert vom Aussenminister ein neues Verhandlungsmandat

Bundesrat Didier Burkhalters am 4. Juli auf der Älggialp: Für ihn ist der Europäische Gerichtshof als Schlichtungsinstanz kein Problem

Foto: Keystone



Reza Rafi

Bern Die Schweizer Europapolitik steckt 23 Jahre nach dem EWR-Nein tiefer denn je im Morast: Die vom Volk gewünschte Einschränkung der Personenfreizügigkeit stösst in Brüssel auf taube Ohren, der Bundesrat sucht plötzlich einen neuen Superdiplomaten, und vor wenigen Monaten sind auch noch die Verhandlungen über ein Stromabkommen gescheitert. Als ob dies nicht genug Hürden wären, fixiert sich FDP-Aussenminister Didier Burkhalter im Mandat für ein institutionelles Rahmenabkommen auf das unpopuläre Szenario, wonach der Europäische Gerichtshof (EuGH) als Schlichtungsstelle zwischen der EU und der Schweiz dienen soll.

Nun lanciert die CVP einen möglichen Ausweg aus dem Schlamm: Der EDA-Vorsteher müsse sein Verhandlungsmandat für die institutionelle Lösung erneuern, fordert die Mittepartei. «Der Europäische Gerichtshof, das Gericht der Gegenpartei als Schiedsgericht, ist niemals mehrheitsfähig», argumentiert Parteipräsident Christophe Darbellay. Die

Ablehnung an der Urne würde wohl deutlicher ausfallen als die Zustimmung zur Zuwanderungsinitiative am 9. Februar 2014. «Wir müssen das Spiel öffnen.» CVP-Nationalrätin Kathy Riklin reicht deshalb in Absprache mit der Partei einen entsprechenden Vorstoss im Parlament ein. Der Clou: Die Funktion der Gerichtsbarkeit und der Überwachung soll bei den Efta-Institutionen liegen.

«Dass die Schweiz zig Beamte einstellen müsste, ist Unsinn»

Die Efta ist jene Freihandelsassoziation, die neben der Schweiz noch Island, Liechtenstein und Norwegen zu ihren Mitgliedern zählt. Die Organisation hat schon bessere Tage erlebt, einst gehörten ihr auch das Vereinigte Königreich, Österreich, Portugal und ganz Skandinavien an.

Es drängt sich die Frage auf, warum Riklin am alten Zopf Efta festhält. Bei diesem Punkt reagiert die Präsidentin der Delegation für die Efta und das Europäische Parlament empfindlich. «Die Efta hat an Bedeutung für die Schweiz zugenommen», betont sie, «insbesondere durch aktuell 25 Frei-

Handelsabkommen mit 36 Ländern.» Die Organisation sei kein alter Zopf. «Sie funktioniert, wie ich als Delegationspräsidentin immer wieder feststelle.» Dann kommt sie wieder auf den von ihr kritisierten Vorschlag mit dem Europäischen Gerichtshof des freisinnigen Aussenministers und seines Staatssekretärs Yves Rossier zu reden: «Soll denn ein Richterergremium aus drei bis fünf EU-Staaten über die Schweiz richten, wie beispielsweise beim leichten Entscheid zum Zürcher Fluglärmstreit?», fragt Riklin rhetorisch. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes müssten ohne Wenn und Aber befolgt werden, da gebe es nichts mehr zu verhandeln. «Am Efta-Gerichtshof hingegen hätte die Schweiz einen eigenen Schweizer Richter.»

Bereits nach einem kurzen Austausch mit der Europa-Expertin der CVP ist man tief im aussenpolitischen Grabenkampf in Bundesbern angelangt. Was sagt sie zum Einwand von Burkhalters Departement, dass Streitfälle sowie beim EuGH landen würden? «Mir ist schleierhaft, wie EDA-Verantwortliche zu dieser unrichtigen Behauptung gekommen sind.

Streitfälle landen keineswegs beim EuGH.» In 21 Jahren sei es nie vorgekommen, dass die EU ein Urteil des Efta-Gerichtshofs nicht akzeptiert habe. Und die Angabe, wonach die Schweiz für die Überwachung der Verträge nach Riklins Modell zig zusätzliche Beamte einstellen müsste, sei Unsinn. «Als Killerargument gegen die Efta-Andocklösung verbreitete das Auswärtige Amt die Information, dass bei einer Efta-Lösung auch eine Überwachung durch 100 Leute nötig wäre. Das ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Kenner nennen eine niedrige einstellende Zahl, vielleicht zwei oder drei Personen bei der Efta-Surveillance-Authority.» Mit solchen Behauptungen würden die Aussenpolitische Kommission und die Kantone bei der Beratung des Verhandlungsmandates «fehlgeleitet. Nun sind wir in einer Sackgasse».

Für den Fall, dass Burkhalter stur bleibt und das Mandat nicht ändert, warnt Riklin vor einem «Scherbenhaufen». Auf jeden Fall müsse der neue Chefunterhändler «wissen, wie die Gerichte in EU und Efta funktionieren, das ist die wichtigste Voraussetzung».

Die Lobbyistin ist ihr Mandat los

Kasachstan-Affäre: Marie-Louise Baumann arbeitet nicht mehr für Burson-Marsteller

Zürich Die Lobbyistin Marie-Louise Baumann arbeitet nicht mehr für die Schweizer Filiale des PR-Giganten Burson-Marsteller (BM). Anfang dieses Monats war sie auf der Website der Firma noch als «Senior Advisor» gelistet, inzwischen ist ihr Eintrag gelöscht worden. Zumindest in der deutschen Version: Auf Englisch und Französisch ist sie noch auf der Teamliste.

Burson-Marsteller-CEO Matthias Graf bestätigt aber auf Anfrage, dass «die langjährige Zusammenarbeit zwischen Burson-Marsteller und Marie-Louise Baumann beendet» sei.

Marie-Louise Baumann, im Jahr 2000 zur Firma gestossen, war zeitweise sogar Ad-interim-CEO sowie Verwaltungsratspräsidentin von BM. Den Ausstieg aus dem Business hatte Baumann bereits früher angekündigt. «Die Mandate für Burson-Marsteller sind ausgelaufen, ich wollte keine neuen mehr annehmen», sagt sie.

Eigentlich wäre Baumann mit 69 Jahren bereits im AHV-Alter. «Von Pension zu reden, ist für Freischaffende immer etwas schwierig. Ich engagiere mich privat nach wie vor und verfolge das Geschehen weiter», sagt sie dazu. «Jetzt ma-

che ich aber Ferien.» Ihre Einzel-firma ist nach wie vor im Handelsregister eingetragen.

Im Zuge der Kasachstan-Affäre um die designierte Nationalratspräsidentin Christa Markwalder (FDP) war Baumann selber in die Schlagzeilen geraten. Markwalder hatte unter anderem mehrere schriftliche Antworten aus der Aussenpolitischen Kommission an Baumann weitergegeben und damit zumindest theoretisch gegen das Kommissionsgeheimnis verstossen. Baumann wiederum leitete die Papiere an die scheinopponentielle kasachische Partei Ak

Schol weiter, ihren Auftraggeber. Markwalder bezeichnete dies als «enttäuschend und höchst unprofessionell».

Die Ständekommission der Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft (Spag) hat das Verhalten Baumanns im «Fall Kasachstan» durchleuchtet. Das Gremium der Lobbying-Branchenorganisation wollte ihr im Anfang Juli veröffentlichten Bericht zwar keine Täuschung vorwerfen, sprach aber in mehreren Punkten eine Rüge aus. Marie-Louise Baumann ist bereits im Vorjahr aus der Spag ausgetreten. Adrian Schulthess